

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gesberggasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., answarts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kettner, in Leipzig: Augen & Fort. H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchdr. .

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 Uhr Nachmittags.

Copenhagen, 27. Juli. Die „Berlingske Tidende“ meldet: In der gestrigen Volksversammlung wurden die Anträge von Jagd und Niebe auf motivierte Tagesordnung verworfen und schließlich der Adressentwurf mit 60 gegen 21 Stimmen angenommen. 7 Mitglieder, worunter Monrad, haben sich der Abstimmung enthalten.

(W.L.N.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 27. Juli. Die heutige „Abendpost“ ist ermächtigt, die von Zeitungen gebrachte Nachricht: „Graf Rechberg habe in Paris und London erklären lassen, die vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark involviere das Maximum der Forderungen der deutschen Großmächte u. s. w.“, für durchaus unbegründet zu erklären.

Die „General-Correspondenz aus Österreich“theilt mit, daß heute Mittag die zweite Sitzung der Conferenz stattgefunden habe. Der heute eintreffende dänische Kammerherr Sicke werde nicht persönlich an der Conferenz Theil nehmen, sondern sei nur zur Aushilfe für die dänischen Bevollmächtigten bestimmt.

Hamburg, 27. Juli. Aus Copenhagen vom 26. wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des Volksversammlung wurde die Adressdebatte fortgesetzt. Der Conseilspräsident widerrief die Annahme der Adresse. Darauf beantragte der Abgeordnete Jagd folgende motivierte Tagesordnung: In Folge der heutigen Anerkennung des Conseilspräsidenten geht das Volkstheater zur Tagesordnung über, da es nicht wünschen kann, der Regierung irgend welche Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Heute soll die Berathung über diesen Antrag stattfinden.

Stuttgart, 26. Juli. (K. B.) [Abgeordnetenkammer.] In der heutigen Sitzung wurde einstimmig (mit 86 Stimmen) beschlossen, einen feierlichen Protest gegen die Besetzung Niedersburgs zu erlassen und die Regierung aufzufordern, mit den übrigen deutschen Regierungen einer drohenden Vergewaltigung entgegenzutreten. Die Kammer sprach die Bereitwilligkeit aus, zur Unterstützung der Regierungsmassnahmen alle Opfer zu bringen.

Turin, 25. Juli. (K. B.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Menabrea, ist nach Vichy abgereist. General della Marmora hat Urlaub genommen und Neapel auf einige Zeit verlassen.

Lissabon, 25. Juli. (K. B.) Die Ernte in Portugal ist spätlich ausgefallen. Wie man versichert, werden nach Ablauf eines Monats gewisse Häfen der Getreideeinfuhr erschlossen werden.

London, 27. Juli. Der Dampfer „City of Baltimore“ ist mit 226,524 Dollars an Contanten und Newyorker Nachrichten bis zum 16. d. in Cork eingetroffen. Die Unionisten haben den Potomac überschritten, um die Conföderirten zu

Polenprozeß.

* Berlin, 27. Juli.

Sitzung vom 26. Juli. (Forts.) R.-A. Elven: Die Entgegnung des Herrn Oberstaatsanwalts anticipire eine Bemerkung, welche er sich eigentlich für die Vertheidigung des Herrn v. Bärensprung vorbehalten habe. Er könne aber den Gerichtshof nicht unter dem Eindrucke der Worte des Staatsanwalts belassen. Deshalb müsse er kurz auf den Gang der Sache zurückkommen. Im Jahre 1858 war ein Revolutionsbund in London thätig, eine sogenannte Socialistenclique. Diese richtete ein Programm nach Posen, welches in London fabrizirt worden. Dies geriet im Mai 1858 in die Hände der Posener Polizei. Die Posener Verwaltungsbeamten erklärten es für zweckmäßig, diese Proklamation durch den Druck zu vervielfältigen. Mehrere hundert Exemplare wurden den dortigen Verwaltungsbehörden, Landräthen, Staatsanwälten etc. überendet und außerdem an verschiedene Personen polnischer Nation in Posen adressirt. Der Inhalt der Proklamation befindet sich in den Acten; es ist ein fast lächerlicher Aufruf. Dieser ungeschickte Inhalt der Proklamation mußte das Resultat ergeben, daß kein vernünftiger Mensch darauf einging. Als dann wurde in Posen das vorgelegte Schriftstück, gerichtet an den Londoner Revolutionsbund, verfaßt. Dieses Schriftstück ist, wie die Anklage sagt, „nachgemacht“, wie die Vertheidigung behauptet, „gefälscht.“ Die Namen unter dem Schriftstück sind von denselben Personen geschrieben, welche dazu beauftragt wurden, darunter auch von dem Geigen Büttner. In diesem Falsifizate wurde das Londoner Comité aufgefordert, Emissaire nach Posen zu senden, weil in Posen ein guter Grund und Boden sei, um die Verschwörung in's Leben zu rufen. Das war eine Provocation von sehr bedenklicher Art. In Folge dieser Provocation erschien in Posen der Glasschleifer Majewski. Dieser Emissair wurde überall zurückgewiesen, indem Niemand sich auf seine Ideen einlassen wollte und bald darauf wurde er verhaftet. Und jetzt beginnt die zweite Scene der Handlungen. Majewski wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor den Staatsgerichtshof gestellt. Juristisch könnte man die Sache allerdings von einem gewissen Standpunkte zum Nachtheile des Majewski ausspielen. Er war nach Posen gekommen, hatte bei seinen Besuchen Fiasco gemacht, hatte aber den Versuch gemacht. Aber der Staatsgerichtshof wußte von allen diesen Thatsachen nichts; die Untersuchungsgerichte wendeten sich an die Polizeibehörde in Posen, speziell an den Chef, deren Präsidenten v. Bärensprung. Dieser mußte die Thatsachen an die Hand geben, welche zur Feststellung des Thatsbestandes gegen Majewski dienen sollten. Herr v. Bärensprung hat in seinen Berichten Fiasco gemacht, hatte aber den Versuch gemacht. Aber der Polizeirath Niederstetter sagte darauf, wie es möglich

verfolgen. — Dem Staatssekretär des Schatzes, Hessen-den, ist es nicht gelungen, eine neue Anleihe von 50 Millionen Dollars unterzubringen.

Aus Mexiko war nach Newyork gemeldet worden, daß die juristischen Generale Uraga und Doblado sich bereit erklärt haben, die Kaiserliche Regierung anzuerkennen.

Politische Übersicht.

Sowohl von Wien, wie auch von Berlin wird übereinstimmend berichtet, daß die Friedenschancen im Wachsen begriffen sind. Wenngleich in Betreff der Details Geheimhaltung Seitens der Bevollmächtigten beschlossen ist, so verlautet doch so viel, daß die Dänen allmählig nachgeben. Den Forderungen der deutschen Großmächte hatten sie sich allerdings noch nicht gefügt. Über das Resultat der letzten Sitzungen schreibt man offiziös aus Berlin: „Es hat sich aus denselben die sichere Aussicht ergeben, daß die Grundlage für den Frieden ganz nach den Intentionen Preußens und Österreichs noch vor Ablauf der Waffenruhe festgesetzt sein wird. Auf Grund der zu gewinnenden Basis soll ein längerer Waffenstillstand abgeschlossen und während der Dauer dieses die Friedensbedingungen vereinbart werden.“

Die mittelstaatlichen Minister beraten sehr lebhaft über die in Folge der Niedersburger Vorgänge am Bundestage zu ergreifenden Schritte. Der hannoversche Gesandte ist von München nach Wien gereist und hat dort dem Grafen Rechberg vorgestellt, daß die Angelegenheit dem Bunde jedenfalls unterbreitet werden müsse. Es scheint nicht als ob Österreich im gegenwärtigen Augenblick die Schritte der Mittelstaaten zu unterstützen geneigt sei. Österreich wünscht vor Allem schnellen Friedensschluß. Es wird also auch nichts thun, was den Gang der Friedensverhandlungen stören oder aufhalten könnte. Man glaubt zur schließlichen Ausgleichung in der Niedersburger Angelegenheit werde der Vorschlag gemacht werden, nach Niedersburg eine gemischte Besatzung (aus Preußen und Bundestruppen) zu verlegen.

In der Angelegenheit des sächsischen General-Lieutenants v. Hake wird jetzt berichtet, daß derfelbe, weil ihm von Dresden aus Befürfe wegen seines zu wenig energischen Verhaltens gemacht wurde, seine Entlassung gefordert habe. Aus dem „Dresd. Journ.“ geht nun mehr hervor, daß er die Entlassung nicht erhalten hat.

Am 25. Juli hat in Niedersburg eine Versammlung stattgefunden, in welcher 108 schleswig-holsteinische Vereine durch 200 Deputirte vertreten waren. Die Verhandlungen waren lebhaft und namentlich in Bezug der einen vom Ausschuss vorgeschlagenen Resolution, betreffend den Anschluß an Preußen. Die angenommenen Resolutionen lauten in Nr. 1 und 3 (Nr. 2 enthält einen Protest gegen die Ansprüche eines andern deutschen Fürsten): „1. Nachdem die letzten glorreichen Waffentaten der deutschen Großmächte die völlige Niederlage Dänemarks zur vollendeten Thatache gemacht haben, spricht die Delegirten-Berf. das dringende Verlangen der Bevölkerung aus, daß durch die schlimmste Constituirung des schlesw.-holst. Staates unter

sei, jetzt zu schweigen; Majewski stehe vor Gericht. v. Bärensprung erklärte darauf, daß, wenn derselbe verurtheilt werden sollte, der damals zu befürchtende Thronwechsel Anlaß zur Begnadigung desselben geben würde. Der Gerichtshof hat den Majewski zu 2 Jahren Buchthaus verurtheilt und das Urtheil ist an dem Manne vollzogen worden. Der Gerichtshof hat mildernde Umstände ausgeschlagen, weil Majewski leugnete, die Proklamation in Posen verbreitet zu haben. Die Thatsache läßt sich nicht bestreiten, aber man verschwieg dem Gerichtshof, wer die Proklamation in das Land gesickt. Der Mann, der mit einer leichten Gefängnisstrafe davon kommen mußte, ist zu 2 Jahren Buchthaus verurtheilt. Das sind die Thatsachen, deren Beweis die Vertheidigung vertritt; die Folgen des Beweises wird der Gerichtshof nicht unterschätzen.

St.-A. Mittelstädt: Trotz des Protestes der Staatsanwaltschaft habe man gegenwärtig ein Plaidoyer der Vertheidiger über die Niegolewski'sche Interpellation vernommen, mit denselben Thatsachen, die damals angeführt worden sind, und mit demselben Aufwande stiftlicher Entrüstung gegen die Polizeibeamten. Er möchte nun, um die Sache innerhalb der Grenzen der Verhandlung zu halten, fragen: worauf solle dies hinaus? Diese Dinge seien 1860 von dem Abgeordneten v. Niegolewski im Abgeordnetenhaus behauptet und der Beweis dafür auch angetreten worden. Es wurde damals Seitens des Ministers des Innern dem Abg. v. Niegolewski gesagt, daß alle diese Behauptungen einseitig vom Standpunkte der Staatsregierung aus nicht wahr seien, daß der Interpellant sich an die Strafbehörden zu wenden habe. Nachdem sei in Posen ein Verfahren eingeleitet worden, man habe nicht gehört, daß diese Beschuldigungen einen Einfluß auf die Stellung der Beamten gehabt hätten, gegen welche sie erhoben seien. Gegen den Polizeirath Niederstetter sei das Disciplinarverfahren eingeleitet, er aber freigesprochen worden, und die Staatsregierung habe ihn nur nach Danzig versetzt. Es müsse also behauptet werden, daß alle diese Thatsachen sich nicht beweisen ließen, oder aber nicht den Charakter hätten, wie er von der Vertheidigung hingestellt werde. Und dies sei der Schluss, zu dem er kommt, daß es nicht die Aufgabe des Gerichtshofes sein könne, noch einmal auf die Sache zurück zu kommen, daß der Gerichtshof sich damit begnügen müsse, daß weder die Staatsregierung, als Disciplinarbehörde, noch die Staatsanwaltschaft und die Gerichte irgend eine Veranlassung genommen hätten, gegen einen Beamten einzuschreiten. Deshalb sei es unstatthaft, die Glaubwürdigkeit der Zeugen anzugreifen und zu diesem Zwecke diese Dinge hier noch einmal ausschließlich unter Beweis zu stellen. Er stellt den Antrag, daß auf diese Dinge nicht eingegangen werde, weil sie unerheblich für die gegenwärtige Verhandlung erscheinen.“

seinem rechtmäßigen Fürsten Herzog Friedrich VIII. den jehigen mit den schwersten Nachtheilen verbundenen provisorischen Zuständen in kürzester Frist ein Ende gemacht werde. 3) Da nicht die Delegirten-Versammlung, sondern einzig und allein Herzog Friedrich VIII. in Verbindung mit der Landesvertretung competent ist, das Äquivalent zu bestimmten, welches Österreich und Preußen für die dem Lande gebrachten großen Opfer gebührt, so wird die schnelle Einsetzung unseres Herzogs in die Regierung das sicherste Mittel sein, die Rechte unseres Landes mit dem Interesse seiner Mächte in vollem Einklang zu bringen, indem Fürst und Volk ihre Verpflichtung anerkennen, im allgemeinen Interesse Opfer bringen zu müssen.“

Die von dem Ausschuß beantragte und nicht angenommene Resolution lautet: „Durchdrungen von der Überzeugung, daß nur eine enge Verbindung mit dem preußischen Staate die deutsche Zukunft unseres Landes für alle Seiten sichert, erklären wir, daß wir eine Gemeinschaft der diplomatischen, militärischen und maritimen Einrichtungen mit Freuden begrüßen würden, daß wir aber an der von unserem Herzog beschworenen Verfassung mit derselben Treue festhalten, wie an ihm selbst.“

Gegen diese Resolution stimmten auch die Deputirten aus Apenrade, Hufum, Hadersleben und Dr. Heiberg aus Schleswig. Die letzten offiziösen Entwickelungen der preußischen Politik haben augenscheinlich die aufangs sehr sympathische Stimmung für Preußen stark herabgedrückt.

Ueber die Haltung Frankreichs in der deutsch-dänischen Frage ist die „Kreuzzeitung“ und ihr Pariser Correspondent ganz anderer Meinung wie die Wiener Blätter. Sie behauptet, der Kaiser Napoleon habe Dänemark der Nachsicht der deutschen Mächte empfohlen — das sei Alles und mehr werde auch nicht geschehen. Dagegen schreiben die Wiener Offiziellen täglich, daß Frankreichs bevorstehende direkte Einmischung unzweifelhaft sei. Unter Anderm schreibt man dem „Botschafter“ aus Paris: „Formell hält die französische Regierung ihr Nichtinterventionsprogramm aufrecht, tatsächlich aber werden die dänischen Bevollmächtigten in Wien nichts thun, wo zu nicht hier vorher die Zustimmung gegeben worden und auch den deutschen Großmächten gegenüber soll man hier nicht mit Rathschlägen zurückhalten, mit Rathschlägen, die kaum einen Zweifel darüber zulassen dürften, daß Frankreich auf Seite des Bundes stehe. All dies ist aber nur die Brücke, um im geeigneten Moment wirklich in die Action einzutreten zu können, und als dieser Moment wird jener bezeichnet, wo die deutsch-dänische Frage, aufhörend eine innere Deutschlands zu sein, sich zu einer Frage des europäischen Gleichgewichts entwickeln würde. Die Besetzung Niedersburgs, behauptet man hier, habe uns diesem Moment näher gebracht, und mit dem Augenblick, wo Preußen, von welchem man wissen will, daß es auf der Conferenz Panenburg für sich als Entschädigung für die Kriegskosten verlangen und dafür selbst die Kriegskosten an Österreich bezahlen wolle, mit dieser Forderung hervortreten würde, glaubt man, wäre auch jener Moment für die Einmischung.“

R.-A. Elven: Er müsse Verhältnisse berühren, welche sich absolut nicht totschweigen ließen. Das Urteil gegen Majewski sei eine Thatsache, aber er habe behauptet, daß dem Gerichtshof das Material so vollständig nicht vorgelegen habe, wie er es heute vorzulegen im Stande sei. Wenn die Thatsachen, die er behauptet habe, wahr seien, dann könne er nicht begreifen, wie die betreffenden Beamten noch in ihren Stellungen belassen werden könnten. Er wolle aber mittheilen, wie die Sache sich weiter verhalten. Die Interpellation habe Veranlassung zu Recherchen gegeben. Die Voruntersuchung sei eingeleitet worden gegen Niederstetter und Herr v. Bärensprung veranlaßte Herrn Niederstetter, die Sache auf seine Schultern zu nehmen; vielleicht trete eine Verzettelung nach seinem Willen ein. Herr Niederstetter habe die Unklugheit begingen, dies schriftlich zu versprechen, und mit diesem schriftlichen Versprechen belastet, sollte er vor dem Disciplinarhof erscheinen. Er suchte einen Rechtsbeistand nach, weiltete seinem Vertheidiger dies mit und nun sei ihm das Gefühlliche dieses Schrittes vorgestellt worden. Dies hatte die Thatsache zur Folge, daß R. vor dem Disciplinarhof die Sache nicht auf sich nahm. Der Gerichtshof sprach R. deshalb frei. Gegen dieses Urteil wurde appellirt und die Sache in der Plenarsitzung des Staatsministeriums verhandelt. Die betreffenden Acten liegen vor. In dieser Sitzung erschien Herr v. Bärensprung und wurde informationes causa vernommen. Er erklärte, ein solches Mandat, wie es in dem Verhalten des Niederstetter liege, nicht gegeben zu haben, jedoch habe er in seiner ferneren Erklärung viele Thatsachen nachgegeben, die hier verhandelt seien. Darauf habe das Staatsministerium gesagt, daß von einer Verurtheilung Niederstetters natürlich nicht die Rede sein könne, wenn er im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde gehandelt habe. Weßhalb ein weiteres Verfahren gegen Herrn v. Bärensprung nicht eingeleitet worden, habe er nicht zu urtheilen, welche politische Rücksichten dabei obgeweckt haben mögen, darüber habe er seine Ansicht nicht auszusprechen; aber die Thatsachen, die er vorgetragen habe, die seien alle wahr. Ueber deren Relevanz zur Sache versiere er kein Wort.

R.-A. v. Janeczk: Er müsse berichtigend bemerken, daß die betr. Proklamation nicht an die Bewohner des Großherzogthums Posen gerichtet sei, sondern ausdrücklich an diejenigen Polen, welche sich unter russischer Herrschaft befänden. Dadurch werde der Anklage ihre Basis ganz entzogen. Präsident: Da die Angelegenheit größtenheils aus den Acten hervorgehe, so könne hier wohl abgebrochen werden.

R.-A. Janeczk: Die Vertheidigung wolle nur nachweisen, daß vor 1858 in Posen gar kein Boden für revolutionäre Agitationen gewesen sei. — Der folgende Zeuge, Polizeirath Rose, berichtete ebenfalls über die Haussuchung beim Grafen Dzialynski. Er gab an, daß der Graf, als er

schung Frankreichs wirklich gekommen. Bestätigt sich dies, so müssen Sie darauf gefaßt sein, daß Frankreich mitten in die Konferenz eine für die deutschen Mächte keineswegs angenehme Überraschung schleudern werde, vorausgesetzt, daß es unserer Regierung nicht gelingt, Österreich noch in der ersten Stunde zur Politik der Westmächte, deren vollständige Einigung nunmehr vollzogen ist, herüber zu ziehen."

Der Württembergische "Staats-Anzeiger" spricht sich sehr heftig gegen die Besetzung Rendsburgs durch die Preußen aus. Das Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten in Württemberg hat die königliche Sanction erhalten und wird nun promulgiert werden.

Die halbamtl. "Bayerische Zeitung" meldet aus München, 24. Juli: "Die Ergebnisse der hiesigen Bollkonferenz haben, wie wir vernehmen, die Genehmigung der sämtlichen dabei vertreten gewesenen Regierungen bereits erhalten." Der Wiener Correspondent der "A. A. B." darf die Thatache constatiren, daß man in Berlin festgestellt hat, mit den Münchner Conferenzstaaten gar nicht über ihre Propositionen verhandeln zu wollen, sondern einfach den 1. Oct. als den Termin eines bedingungslosen Beitritts zum Berliner Vertrag festzuhalten. Das formelle Mittel dafür sei die Beurlaubung der beiden preußischen Fachmänner Delbrück und Lipsborn.

Deutschland.

* Berlin, 27. Juli. Man will hier wissen, daß der Kaiser von Österreich im Herbst dem Berliner Hof einen Gegenbesuch machen werde.

— Die Königin Augusta ist gestern mit dem Eilzuge nach Coblenz abgereist und wird von dort nach einigen Tagen zum Besuche der Kaiserin von Russland nach Schwäbisch Gmünd gehen.

— Die vier hier anwesenden Minister v. Bodelschingh, Graf zu Eulenburg, Graf zur Lippe und v. Mühlner waren heute Mittags im Hotel des Staatsministeriums zu einer Conferenz zusammen, an welcher auch der Geh. Ober-Regierungsrath Costenoble teilnahm.

— Der "Elber. Btg." wird von ihrem offiziösen Correspondenten aus Berlin geschrieben: "Wie wir hören, ist das Verbot der "Zeitung für Norddeutschland" ausgesprochen worden; hauptsächlich wohl wegen ihrer perfiden und gemeingefährlichen Darstellung und Kritik der preußischen Kriegsführung."

— Am 22. und 23. August d. J. wird die erste allgemeine deutsche israelitische Lehrer-Versammlung in Mainz tagen. Stein, 27. Juli. (P. B.) In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten trat die Versammlung dem Magistrats-Antrage bei, den gegenwärtigen Gaspreis von 2½ R. pro 1000 Kubifuß vom 1. Januar 1865 ab auf 2 R. herabzusetzen, um so mehr, als der hierbei berechnete Ausfall von 8000 R. zum größten Theile durch vermehrte Consommation wieder gedeckt werden dürfte, wie dies auch nach der letzten gleich großen Preiserhöhung am 1. Januar 1863 der Fall gewesen, bei der sich statt berechneter 7000 R. nur ein Ausfall von 2303 R. ergeben habe.

Barmen, 25. Juli. (N. B.) Das Ministerium des Innern hat den von der Stadtverwaltung erhobenen Anspruch auf Erstattung der von der Stadt während des Bestehens einer kgl. Polizeiverwaltung verausgabten Polizeibeamten-Gehälter im Prinzip als begründet anerkannt und die Seiten der Stadtverwaltung aufgestellte Liquidation über diese Polizei-Ausgaben von 42,523 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. festgestellt, welche Summe der Stadtgemeinde nunmehr zurück erstattet werden wird.

— Aus Kiel schreibt die "Flensb. Ndd. Btg." von den preußischen Truppen: Ein Artillerist hatte sich gegen seinen Vorgesetzten schwer vergangen, indem er von seiner Waffe Gebrauch zu machen suchte. Das Kriegsgericht verurtheilte denselben zum Tode. Se. Maj. der König hat das Todesurtheil in eine 19jährige Festungsstrafe verwandelt.

Danzig, den 28. Juli

— Von Seiten des königl. Handelsministeriums ist kürzlich amtlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß Schiffe aller Flaggen, welche den Nothafen suchen, d. h. solche, die durch

ihm seinen Auftrag mitgetheilt habe, sichtlich erbleichte und am ganzen Körper zitterte. Auf eine Frage des Präsidienten erklärte der Zeuge, daß der Aufstand den Zweck gehabt habe, das Königreich Polen in den früheren Grenzen wieder herzustellen, und die Provinz Posen, als ein Stück des polnischen Landes, von Preußen loszureißen. Dies sei eine Ansicht, die jeder klarsteende Deutsche gehabt habe.

Der nächste Zeuge war der Polizei-Präsident v. Bärensprung, 48 Jahre alt. Der Präsident machte den Zeugen darauf aufmerksam, daß in Betreff einer früheren Untersuchung vielfache Thatachen hier gegen ihn vorgebracht seien.

Zeuge v. Bärensprung: Diese Sache sei ihm äußerst willkommen, denn er erhalte dadurch zum ersten Male Veranlassung, über Thatachen zu sprechen, welche die größten Schmähungen gegen ihn und seine Verwaltung hervorgerufen hätten. Die Rücksichten auf seine Persönlichkeit und auf seine Beamten hätten ihn bisher abgehalten, sich darüber zu äußern. Er werde auch gegenwärtig durch gewisse Rückstüten verhindert, voll und klar darüber auszusagen, glaube aber seine amtlichen Pflichten durch das, was er sagen werde, nicht zu verlegen.

Im August 1858 sei ihm von seiner vorgesetzten Behörde ein Schriftstück in polnischer Sprache zugestellt worden. Dasselbe enthielt einen Aufruf „an die polnischen Landleute“ und war datirt „London, den 28. Mai 1858.“ Das Schriftstück enthielt eine Aufforderung an die polnische Bevölkerung, sich den Druck der russischen Regierung nicht länger gefallen zu lassen und das Joch abzuwerfen. Dies Schriftstück sei unterzeichnet gewesen von dem „Revolutionsbund“. Es wurde ihm mitgetheilt, daß dieses Schriftstück von London aus durch die Post an Beamte gesendet worden und es sei ihm folgender Auftrag ertheilt worden: er solle festzustellen, wer die Gesellschaft und deren Mitglieder seien, was diese Leute bezwecken, ob sie in der Provinz Posen Verbindungen hätten und ob für die Ruhe der Provinz etwas zu besorgen sei.

Diesem Auftrage habe er sich unterzogen müssen. Er habe Ermittlungen anstellen lassen und sei in der Lage gewesen, nach einigen Wochen diese Fragen zu beantworten. Die Antwort, die er gegeben, sei dahin gegangen, es bestehne in London ein solcher Verein, dessen Mitglieder meist untergeordneter Natur seien. Der Verein habe bezweckt, die bestehende Regierung zunächst in Russland umzustürzen und zwar mit Hilfe der niedern Klasse der Bevölkerung, da man dem polnischen Adel nicht die nothwendige Opferfähigkeit zutraute.

Es wurden den Leuten Versprechungen hinsichtlich der Verbesserung ihrer sozialen Lage gemacht. Die Unternehmung dieser Leute sei zunächst nicht gegen Preußen gerichtet gewesen, sondern gegen Russland, sie hatten aber die Idee, daß man dort anfangen müsse. Die Leute hatten Versuche gemacht, in der Provinz Posen Verbindungen anzuläppen, diese Versuche seien aber sehr wenig gelungen. Sein Resumé ging dahin: daß

erlittene Beschädigung oder andere auf Erfordern näher nachzuweisende Unglücksfälle an der Fortsetzung ihrer Reise verhindert werden und in den Hafen eilaufen, von der Entrichtung der Hafenabgaben befreit bleiben, wenn sie den Hafen seewärts wieder verlassen, ohne ihre Ladung ganz oder theilweise gelöscht, oder Ladung eingenommen, oder ihre Papiere gewechselt zu haben. Den Nothhafenern werden außerdem gleichgeachtet diejenigen Fahrzeuge, welche wegen Sturm oder widriger Winde in den eben verlassenen Hafen zurückzukehren gezwungen sind, ohne einen andern Hafen besucht zu haben.

* Von der hiesigen Königl. Regierung geht uns nachfolgende Berichtigung zu:

In der Abendausgabe der "Danziger Zeitung" vom 21. d. M., Nr. 2526, beispiele ein Artikel die Motive, welche die Versetzung des Königlichen Polizeiraths Niederstetter in den einstweiligen Ruhestand veranlaßt haben sollen. Wir sehen uns behufs Berichtigung zu der Erklärung veranlaßt, daß diese Maßregel weder in Folge angeblicher zwischen dem Polizeirath Niederstetter und dem Herrn Landrat von Brauchitsch stattgehabten Differenzen, von denen überhaupt zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nicht die Rede sein kann, noch durch die Angelegenheit wegen des Schulzen Moses Levy in Löblau hervorgerufen ist. Wir ersuchen die Redaction in Gemäßheit des § 26 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, hiernach den in Bezug genommenen Artikel zu berichtigten. Danzig, den 27. Juli 1864. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. v. Auerswald.

* Wie dem "Publ." von hier berichtet wird, hat Hr. Landrat v. Brauchitsch seine Burdispositionsstellung mit dem gesetzlichen Wartegeld beantragt. — In derselben Correspondenz wird mitgetheilt, daß Hr. Polizeirath Niederstetter neuerdings eine Vorstellung an den Hrn. Minister des Innern gerichtet hat, in welcher derselbe „das Vorgehen des Hrn. v. Branchitsch in der Angelegenheit des früheren Schulzen Levy characterisiert.“

— Dr. E. Förster, correspondirendes Mitglied des wissenschaftlichen Kunstmuseums in Berlin, welcher so eben von einer Kunstgeschichtlichen Reise, die er zur Weiterführung seiner "Denkmale der Baukunst, Bildnerei und Malerei" nach den Niederlanden und Frankreich unternommen hat, zurückgekehrt ist, stellt interessante Berichte über die Ausbeute, die er gemacht hat, in Aussicht. „Die größte und freudigste Überraschung“, schreibt er, „war mir in Beidine — der Name ist den Freunden des edelsten Burgunder Weines vielleicht bekannter, als den Kunstsfreunden — vorbehalten. Bei dem ersten Blick auf das große Altarwerk im dortigen Hospital, ein Gewölbe von Rogier van der Weyden, muß man fogleich den Meister des Danziger jüngsten Gerichts erkennen und ich begreife die Augen Derer nicht, die beide Werke gesehen, ohne den gemeinschaftlichen Meister erkannt zu haben.“

* Bei der gestern von dem Vorstande des Gewerbe-Vereins veranstalteten Ausfahrt nach Oliva hatten sich 27 Mitglieder beteiligt. Dieselben unternahmen dort angelangt, vom Waldhäuschen aus einen Spaziergang nach Schwabenthal und der sogenannten Pulvermühle. Nach dem späteren Besuch des königl. Gartens vereinigten sich sämtliche Theilnehmer im Thierfeld'schen Etablissement zu einem gemeinschaftlichen Abendbrode. Zu einer, zu Sonntag den 14. August verabredeten Extrasfahrt der Mitglieder des Gewerbevereins nach den oberländischen Kanalbauten werden in den nächsten Tagen Anforderungen ergehen. Sollte sich eine hinzängliche Zahl an Theilnehmern zu dieser Excursion meldeu, dann würde die Fahrt von hier bis Elbing per Bahn, von dort über den Drausensee per Dampfboot und bis zum Ziel (Buchwalde) auf Wagen ausgeführt werden. Die Kosten der Reise (Hin- und Rücktour) werden übrigens nur ca. 3 R. betragen. Es soll den Mitgliedern des Gewerbe-Vereins auch gestattet werden, gegen Erlegung des Kostenbetrages Nichtmitglieder als Gäste zu der projectirten Fahrt einzuführen.

* Die Rippernte in unserer Umgebung ist nunmehr beendet. Das schönste Weiter hat dieselbe begünstigt und der

man wohl beobachten müsse, was diese Leute unternommen, daß man aber nichts zu befürchten hätte. Die Sache sei damals ad acta geschrieben. Im October oder November desselben Jahres tauchte eine ähnliche Druckschrift auf, die in einem gewissen Zusammenhange damit zu stehen schien. Man nahm davon gar keine Notiz. Gleichzeitig kamen vereinzelte Noten und Geldpapiere zum Vorschein. Im December, kurz vor Weihnachten, erschien ein Mann bei ihm, der ihm unter dem Siegel der Verschwiegtheit mittheilte, daß seit einigen Tagen sich in der Stadt jemand aus London aufhalte, als Abgeordneter irgend eines demokratischen Vereins, um sich über die Stimmlung in der Provinz zu informieren. Der Fremde wurde aufgefunden, er verweigerte jede Auskunft. Seine Papiere wurden dem Staatsanwalt überreicht, worauf seine Verhaftung erfolgte. Dies war Majewski. Dieser Sachverhalt habe zu einer Menge von Mordversuchen und Angriffen Veranlassung gegeben.

Präsident: Es ist behauptet, daß auf Ihre Veranlassung Briefe an den Revolutionsbund in London geschrieben seien, um mit demselben in nähere Beziehungen zu treten.

Zeuge: Ueber die Mittel, durch welche ich zu der Kenntnis gekommen bin, glaube ich nicht, mich äußern zu müssen; das verbieten mir meine Pflichten. — Präsident: Sie wollen darüber keine Auskunft geben? — Zeuge: Ich glaube dies nicht nötig zu haben. Wenn irgend etwas geschrieben ist, so ist es vielleicht eine Zusammenstellung zw. gewesen. — Der Zeuge berichtet demnächst über die Haussuchung beim Grafen Dzialynski wie die übrigen Zeugen. Von den Papieren sei nichts angeführt, überhaupt in dieser Angelegenheit mit der scrupulösesten Gewissenhaftigkeit verfahren worden. — R.-A. Janecki: Er frage den Zeugen, wer die Ueberzeugung der Schriftstücke angefertigt habe. — Zeuge: Mehrere Beamte, welche der polnischen Sprache mächtig seien.

R.-A. Janecki: Er habe nur hören wollen, ob der Translateur Post unter den Ueberzeugern gewesen sei. Er bitte, den Zeugen zur Antwort darauf zu zwingen. — Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück, erachtete jedoch die Frage für unerheblich, weil, wenn die Ueberzeugung falsch sein sollte, die gerichtlichen Dolmetscher dies berichtigen würden. Auf die Frage des Vertheidigers erklärt Zeuge, daß er keinen Auftrag gegeben habe, irgend ein Schriftstück zu verfälschen; dies sei von anderen Personen geschehen.

R.-A. Janecki: Ob der Zeuge nicht eine Correspondenz mit dem revolutionären Comité in London angeordnet, nicht das Comité ersucht habe, Emisсaire zu senden nach Posen und Proklamationen zu erlassen und ob zu dem Zweck nicht Geld nach London gesendet sei? — Zeuge: Das seien zu allgemeine Fragen. — R.-A. Janecki: Er werde später in der Lage sein, die eigenen schriftlichen Erklärungen des Zeugen in dieser Sache vorzubringen. Der Ober-Staatsanwalt erhob hierauf Protest gegen dieses Verfahren, und ersuchte den Ge-

richt, daß im Ganzen ein mehr als mittelmäßiger zu nennen. Auch mit der Roggenrente hat man auf leichtem Boden bei uns bereits den Anfang gemacht; dieselbe dürfte nach dem Stande der Felder ebenfalls befriedigende Resultate liefern.

* Die Zahl der Badegäste in Boppot hatte sich bis Ende voriger Woche bereits auf 600 gesteigert; es stehen in derselbst noch viele Wohnungen leer. Die Frequenz in Weichselmünde, auf der Westerplatte und in Broesen hat in letzter Zeit ebenfalls zugenommen, erreicht aber nicht die Lebhaftigkeit des Besuchs der letzten Sommer-Saisons.

* Der Director des hiesigen Stadttheaters Herr Fischer-Achtern macht in den Elbinger Blättern bekannt, daß er mit einer

vollständigen Operug eifelisch, am 1. September beginnend, einen Cycle von Vorstellungen in Elbing geben werde. Die Gesellschaft wird bis zum 1. October c. in Elbing bleiben, und sollen schon vor Gründung des Abonnements ansehnliche Bestellungen auf feste Plätze gemacht werden sein.

* Das hiesige Königl. Stadt- und Kreisgericht hat einen Steckbrief gegen den entflohenen Holzcapitän und Holzhändler Carl Heinrich Müller erlassen (s. die Inserate).

Königsberg. (P. B.) Wie die Vermehrung der Eisenbahnen andere gemeinnützige industrielle Unternehmungen hervorruft, davon möge die Vermehrung der Zahl unserer Königsberger Omnibus-Fahrwerke Bezeugnis geben. Die hiesigen Omnibus-Unternehmer lassen nämlich schon jetzt vier neue Omnibuswagen bauen, die für den Winter und mit der Gründung der Pillau-Königsberger Eisenbahnlinie ins Leben treten werden. Die Wagen sind leicht gebaut, für acht Passagiere bestimmt. Eine Tour durch die Stadt soll nur 1 Sgr. kosten.

* Gumbinnen, 26. Juli. Die zur Provinzial-Leherversammlung hierher gekommenen Lehrer vereinigten sich heute um 5 Uhr im Local der Bürgersource, um ein Statut Beufs Bildung eines Vereins zur gegenseitigen Unterstützung bei Verlusten durch Feuersbrünste zu berathen. Der bereits durch das Schulblatt veröffentlichte Entwurf wurde mit geringen Abänderungen angenommen. Auch den Wittwen und Waisen eines Lehrers soll es gestattet sein, die von dem Verstorbenen eingegangenen Beiträge fortzuzahlen. Es wurde hiergegen zwar der Einwand gemacht, daß die hinterbliebene Familie gewöhnlich genötigt sei, ihre Wohnung in einer elenden Katze zu nehmen, und daß solche Gebäude am meisten der Gefahr ausgesetzt seien, abzubrennen. Von anderer Seite wurde darauf aber unter Beifall der Versammlung entgegnet, daß die arme Witwe mit ihren Kindern darunter nicht leiden dürfe und daß der Verein verpflichtet sei, den Schaden vollständig zu ersezten. Zum Vorstande des Vereins werden Sack aus Königsberg, Hösling-Löwenhagen, Heinrich-Königsberg, Selke und Meyer-Königsberg gewählt und wird denselben aufgegeben, die polizeiliche Bestätigung der Statuten nachzusuchen. Zum Centralort des Vereins wird Königsberg bestimmt und soll die jährliche General-Versammlung zur Zeit und an dem Orte der Provinzial-Leherversammlung stattfinden. — Gegen neun Uhr Abends war Vorversammlung zur Provinzial-Lehrer-Versammlung. Lehrer Zimmermann-Gumbinnen rief den Collegen, die trotz mancher ungünstigen Verhältnisse sich von nah und fern hier eingefunden, ein herzliches Willkommen zu und wünscht, daß auch diese Versammlung dazu beitragen möge, das Schulwesen immer mehr zu fördern. Frischbier-Königsberg übernimmt als geschäftsführendes Mitglied des Ausschusses die Leitung der Versammlung. Er weist auf ein Emblem hin, das über der Bühne angebracht ist und zwei verschlungene Hände mit der Inschrift "Vorwärts" zeigt und ermahnt dazu, daß vereintes Vorwärtschreiten unser aller Lösung sein möge. — Die Tagesordnung für die beiden Haupt-Versammlungen wurde dann in folgender Weise festgesetzt:

I. Tag. 1) Ueber Zweck und Segen der Provinzial-Lehrer-Versammlung, Lehrer Suplie-Büsterburg. 2) Ueber Schulinspektion, Lehrer Hampf-Starkenberg. 3) Ueber collective Thätigkeit der Volksschullehrer, Lehrer Frischbier-Königsberg. 4) Ueber Gründung einer Unterstützungsstiftung für die Lehrerwitwen der Provinz Preußen, Referent: Lehrer Straube-Elbing.

II. Tag. 1) Ueber Volksbibliothek, Lehrer Sack-Königsberg.

richtshof um einen Beschluß, um diese Angelegenheit zu erleidigen. Der Gerichtshof faßte folgenden Beschluß: Die Vertheidigung will aus der Handlungswise und dem Verhalten des Zeugen in einer früheren Untersuchung den Schlüß machen, daß derselbe in der jetzigen Untersuchung nicht glaubwürdig sei. Die Nothwendigkeit eines solchen Schlusses ist aber nicht gerechtfertigt. Da für die vorliegende Verhandlung keine Momente hervorgehoben sind, welche die Glaubwürdigkeit des Zeugen beeinträchtigen könnten, so beschließt der Gerichtshof, die beantragte Beweisaufnahme auszuführen.

R.-A. Elven: Der Zeuge habe erklärt, daß er kein Interesse an dem Ausgänge der Verhandlung habe. Angeklagter v. Niegolewski nehme Bezug auf ein Schreiben des Zeugen an Niederstetter, die bekannte Interpellation betreffend, worin folgende Stelle enthalten sei: „Ich biffe zu Gott, daß der Tag der Vergeltung kommen wird!“ Ob der Zeuge dies geschrieben habe. Zeuge: Es sei möglich, aber der Passus denkt nicht an eine persönliche Rache gegen den Dr. v. Niegolewski, sondern bezieht sich auf die Beleidigung der Provinz Preußen, Referent: Lehrer Straube-Elbing.

Ob. St. A. Adlung richtet an den Präsidenten die Bitte, eine solche Ausdrucksweise den Zeugen gegenüber nicht zu gestatten.

R.-A. Brach vogel: Die Staatsanwaltschaft fordert von dem hohen Gerichtshofe 128 Menschenleben und da kann ich, als Vertheidiger, mit dem nicht zurückhalten, was ich für meine Pflicht erachte. Präsident: Das wird Ihnen auch nicht versagt, nur bitte ich, andere Ausdrücke zu wählen. R.-A. Brach vogel: Er führt das Zurückgehen der Anklage auf die Historie für ganz richtig. Der Majewski'sche Prozeß sei an die Spitze der ganzen Anklage gestellt. Die Vertheidigung aber habe deshalb ihren Hauptangriff gerichtet und

Die Staatsanwaltschaft fordert von dem hohen Gerichtshofe 128 Menschenleben und da kann ich, als Vertheidiger, mit dem nicht zurückhalten, was ich für meine Pflicht erachte.

Präsident: Das wird Ihnen auch nicht versagt, nur bitte ich, andere Ausdrücke zu wählen.

R.-A. Brach vogel: Er führt das Zurückgehen der Anklage auf die Historie für ganz richtig. Der Majewski'sche Prozeß sei an die Spitze der ganzen Anklage gestellt. Die Vertheidigung aber habe deshalb ihren Hauptangriff gerichtet und

2) Jahresbericht des Pestalozzivereins der Provinz Preußen (Unterstützung von Lehrerweisen), erstattet vom Vorstande. 3) Der Schreibleseunterricht ist ein vortrefflicher Hebel des Jugendunterrichts, Lehrer Blank-Warsilien. 4) Über die Fortbildung des Volkschullehres, Lehrer Lange-Schmidkun.

Zwei der angemeldeten Vorträge: "Verhältnis des Lehrers zu den Anforderungen der Zeit", Lehrer Wilke-Jellen — und "Was haben Staat, Kirche und Haus zu thun, damit die Lehrer nicht durch Sorgen und Zaghastigkeit in ihrer meistenteils schlechten äußeren Lage und bei der Schwierigkeit ihres so wenig lohnenden Berufes die Amtsfreudigkeit verlieren und geistig läufig erhalten werden?" Rector Kern-Eichenmeien — müssen leider ausfallen, da Wille-Jellen nicht erscheinen konnte und Rector Kern seinen Vortrag zurückgezogen hat. Frenzel-Perkallen schlägt alsdann vor, daß der Überschuss, welcher aus dem Verkauf der Mitgliedskarten zu dieser Versammlung verbleiben wird, zur Hälfte der Pestalozzistiftung und zur anderen Hälfte der zu gründenden Wittens-Unterstützungskasse überwiegen werde, womit die Versammlung einverstanden ist. — Ein Mitglied schlägt ferner vor, daß eine Deputation ernannt werde, welche den hiesigen Regierungs- und Schulrat Herrn Tirol einlade, bei der Versammlung zu erscheinen, um mit eigenen Augen zu sehen und mit eigenen Ohren zu hören, was die Lehrer in der Provinzial-Versammlung treiben, damit er in Stand gesetzt werde, auf das Urtheil seiner Amtsbrüder einzutwirken. Die Versammlung schließt sich diesem Vorschlage mit großer Acclamation an, obgleich ein Lehrer davon abräth, da man die Absendung einer solchen Deputation leicht für eine Demonstration halten könnte. Letztere Absicht bestreitet die Versammlung und legt der Vorsitzende ausdrücklich Verwahrung gegen eine solche Auffassung ein. Die Deputation, aus drei Lehrern bestehend, wird morgen früh ihren Auftrag ausführen.

— 27. Juli. (Pr.-L. B.) In der heutigen Sitzung (anwesent 230 Lehrer) referierte Frischbier über den Empfang der Deputation bei Herrn Schulrat Tirol. Derselbe empfing die Deputirten mit Freundlichkeit und sprach sein Bedauern darüber aus, daß es ihm in seiner Stellung als Mitglied der Königl. Regierung nicht gestattet sei, zu erscheinen; er sei davon überzeugt, daß nichts vorkommen werde, was nicht den Interessen der Schule und der Pädagogik diene; aber die Mehrzahl der Mitglieder des hiesigen Comités seien Männer, die mit der Regierung in schroffer Opposition stehen, dies sei der Grund gewesen, daß die Behörde sich veranlaßt finden müste, die Lehrer vor dem Besuch zu warnen.

Borsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. Juli 1864. Aufgegeben 2 Uhr 8 Min.

Angelkommen in Danzig 4 Uhr — Min.

Best. Grs.

Roggen flau,	Preus. Rentenbr.	97	97
loco	36	36	36
Juli-August	35	35	4%
Septbr.-Oktbr.	36	37	do. do. 90
Spiritus Juli	14	14	Dsp. Pfandbriefe 85
Rüböl do.	13	13	Deitr. Credit-Aktionen 84
Staatschuldchein 4% 56er. Anleihe 4% 59er. Pr.-Ahl. 106	90	90	Nationale 70
102	102	Russ. Banknoten 82	70
106	106	Wechsle, London 6.21	82

Hamburg, 27. Juli. Getreidemarkt unverändert. Für Roggen $\frac{1}{2}$ August 54 geboten, jedoch nicht dazu offiziell. Del October 28% — 28%, Mai 28% — 28%, matt. Kaffee ruhig. Bink stille.

Amsterdam, 27. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen etwas höher, ziemliches Geschäft. Roggen loco preishaltend, aber still. Termine unverändert. Rüböl geschäftlos. Rüböl Herbst 45%, Mai 46%.

London, 27. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Frühjahrsgetreide unverändert. Wetter schön.

* Leith, 27. Juli. [Cochrane, Paterson u. Co.] Fremde Befuhren der Woche: 8811 Drs. Weizen, 270 Drs. Bohnen, 1783 Säcke Mehl. Schottischer Weizen 1s billiger; fremder flau, ungefähr letzte Preise; Gerste knapp 1s theurer, Bohnen 2s, Erbsen 1s theurer; Mehl flau.

werde den Hauptangriff richten gegen den Majewski'schen Fall. Mit aller Achtung vor dem Beschlüsse des Gerichtshofes trete er der Ansicht des Rechtsanwalts Lent bei, dahn, daß dieser Beschluss nicht präjudizial sei. Die Gesamt-Bertheidigung habe den Antrag gestellt, die Bergliederung des Majewski'schen Prozesses in der eingehendsten Weise vorzunehmen. Der Bertheidigung sei dies nachgegeben. Die Bertheidigung gehe davon aus, daß ein Hochverratsprozeß in dem Sinne und der Bedeutung, wie die Anklage für den Majewski'schen Prozeß vindicieren wolle, im Jahre 1858 gar nicht existirt habe. Die Bertheidigung wolle es beweisen, daß leider eine straffällige Provocation stattgefunden habe. Deshalb müsse die Verleugnung des Urtheils gegen Majewski erfolgen.

St.-A. Mittelstädt: Es sei der Staatsanwaltschaft überflüssig erschienen, auf die Acten des Majewski'schen Prozesses noch einmal zurückzufommen. Gegeuwärtig lege nun die Bertheidigung ein ganz besonderes Gewicht auf diese Acten. Man erhalte mit einem Male eine Darstellung der Anklage Seitens der Bertheidiger, daß man glauben sollte, die Herren hätten die Anklage gar nicht gelesen. Irgend einen Anfang hätte die Anklage doch nehmen müssen; es sei deshalb mit dem Jahre 1858 angefangen und die Symptome angeführt worden, welche die Anfänge der neueren Bewegung bildeten. Dazu gehöre auch der Majewski'sche Fall. Es könne nicht behauptet werden, daß der Majewski'sche Fall die Grundlage der ganzen Anklage sei. Wenn die Bertheidigung meine, daß sie immer und immer wieder auf diese Dinge zurückkomme, wenn sie immer und immer wieder die Angriffe und Verdächtigungen wiederholen könne, so werde die Staatsanwaltschaft immer und immer wieder die Kraft haben, dagegen zu protestiren. Er habe das Vertrauen zu dem Gerichtshofe, daß derselbe solche nebensächlichen Dinge endlich beseitigen werde.

R.-A. Holthoff: Er halte den Ausdruck "Berdächtingen" der Bertheidigung gegenüber für nicht gerechtfertigt.

R.-A. Lent: Er erwidere dem Hrn. Staatsanwalt, daß die Bertheidigung immer und immer auf das zurückkommen werde, was sie für ihre Pflicht hielt. Die Bertheidigung interessire es, das Verfahren von Personen festgestellt zu sehen, welche in der gegenwärtigen Untersuchung als Hauptzeugen aufgestellt seien. Der Bertheidigung kommt es darauf an, nachzuweisen, daß ein preußischer Gerichtshof getäuscht worden sei. Der Herr Staatsanwalt habe von einer "sittlichen Entrüstung" der Bertheidigung gesprochen; diese könne allerdings auch in den Sälen der Gerichte ihren Ausdruck finden. Die Pflicht der Bertheidigung gebe dieselbe Bürgschaft, wie die Pflicht der Staatsanwaltschaft und in dem Antrag der Staatsanwaltschaft liege nichts anderes, als die Erfüllung ihrer Pflicht. Die Ausdrucksweise des Herrn Vertreters der

London, 27. Juli. Türkische Consols 49%. Consols 90% 1% Spanier 44 Merikaner 28% 5% Russen 90. Neue Russen 88% Sardinier 84%.

Liverpool, 27. Juli. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz. Markt ruhig, Preise fest. Fair Dhollera 23%, Middling fair Dhollera 22, fair Bengal 18, Middling fair Bengal 16%, Middling Bengal 14%. China 19%. In dieser Woche sind ungefähr 45,000 Ballen Surats eingetroffen.

Paris, 27. Juli. 3% Rente 66, 05. Italienische 5% Rente 68, 05. Italienische neueste Anleihe —. 3% Spanier 48%. 1% Spanier —. Österreichische Staats-Eisenbahnactionen 411, 25. Credit mob. Actionen 980, 00. Lomb. Eisenbahn-Actionen 528, 75. — Fortdauernde Geschäftsstille.

Producenmärkte.

Danzig, den 28. Juli. Bahnpreise. Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt 126/127 — 128/9 — 130/1 — 132/4 ll. nach Qualität von 65/66 — 67/68 — 69/70 — 71/72/73 Igr.; dunkelbunt, ordinair glasig 125/7 — 129/30 ll. von 63/65 — 66/67 Igr. $\frac{1}{2}$ 85%.

Roggen 120/123 — 125/127 ll. von 38/39 — 40% 41 Igr. $\frac{1}{2}$ 81%.

Erbse 45 — 50 Igr.

Gerste kleine 106/108 — 113/115 ll. von 32/32% — 34% 35 Igr. do. große 110/112 — 114/116 ll. von 33/34 — 35/36% Igr.

Hafer 24 — 26 Igr.

Spiritus ohne Geschäft.

Rübßen 102% — 103% Igr., ganz feinstes Saat bis 104 Igr. $\frac{1}{2}$ 72%.

Getreide-Börse. Wetter: schön. Wind: W. Auch der heutige Markt war für Weizen ohne Kauflust und für abgefeigte 170 Lasten konnten kaum gestrigre Preise bedungen werden. 130 ll. bunt Igr. 410; 130/1 ll. hellbunt Igr. 425; 132/3 ll. gut bunt Igr. 427%; 131/2 ll. fein bunt Igr. 432%. Alles $\frac{1}{2}$ 85%. — Roggen unverändert. 121, 123 ll. Igr. 225; 124 ll. 230; $\frac{1}{2}$ 81% ll. — Rübßen von 102 — 103, in feinstter Waare 104 Igr. $\frac{1}{2}$ 72% bezahlt. — Spiritus ohne Befuhr.

Königsberg, 27. Juli. (R. H. B.) Wind: SW. + 17. Weizen unverändert, hochbunter 122 — 130 ll. 56 — 72 Igr. Br., bunter 120 — 130 ll. 52 — 66 Igr. Br., rother 120 — 130 ll. 52 — 64 Igr. Br. — Roggen stiller, loco 120 ll. 37 Igr. bez., 122 — 123 — 125 — 126 ll. 38 — 41 Igr. bez., 80 ll. Bollg. 38 Igr. bez.; Termine ohne Frage, 120 ll. $\frac{1}{2}$ Juli 30 Igr. Br., 39 Igr. Br., 80 ll. $\frac{1}{2}$ Juli — August 40 Igr. Br., 39 Igr. Br., $\frac{1}{2}$ September — October 41% Igr. Br. 41 Igr. Br. — Gerste, große 100 — 112 ll. 30 — 38 Igr. Br., kleine 98 — 110 ll. 30 — 36 Igr. Br. — Hafer unverändert, loco 70 — 82 ll. 19 — 27 Igr. Br. — Erbsen, weiß Koch 45 — 53 Igr. Br., graue 35 — 45 Igr. Br., grüne 38 — 48 Igr. Br. — Bohnen 45 — 55 Igr. Br. — Widen 30 — 43 Igr. Br. — Leinsaat unverändert, feine 108 — 112 ll. 75 — 95 Igr. Br., mittel 104 — 112 ll. 60 — 78 Igr. Br., ordinär 96 — 106 ll. 40 — 55 Igr. Br. — Winter-Rübßen flau, 98 — 100 — 101 — 102 — 103 — 104 — 105 Igr. bez. — Kleesaat, rothe 10 — 14 Igr., weiße 8 — 14 Igr. $\frac{1}{2}$ Et. Br. — Thimotheum 4 — 6% Igr. $\frac{1}{2}$ Et. Br. — Leinsöl loco ohne Fass 13% Igr. Br. — Rüböl 13 Igr. $\frac{1}{2}$ Et. Br. — Leinuchen 50 — 56 Igr. $\frac{1}{2}$ Et. Br. — Rübuchen 48 — 50 Igr. $\frac{1}{2}$ Et. Br. — Spiritus. Den 26. Juli $\frac{1}{2}$ September incl. April 1865 gemacht 14% Igr. ohne Fass in monatlichen Raten; den 27. Juli loco Verkäufer 16 Igr., Käufer 15% Igr. ohne Fass; $\frac{1}{2}$ Juli Verkäufer 16 Igr., Käufer 15% Igr. ohne Fass; $\frac{1}{2}$ Juli, August Verkäufer 16% Igr. incl. Fass; $\frac{1}{2}$ September Verkäufer 16% Igr. incl. Fass $\frac{1}{2}$ 8000 % Tralles.

Stettin, 27. Juli. (Dts. Btg.) Weizen wenig verändert, loco $\frac{1}{2}$ 85 ll. gelber 56 — 59 Igr. nach Qualität bez., 83/85 ll. gelber Juli — Aug. und Aug. — Sept. 58% Igr. bez., Septbr. — Oct. 59% Igr. Br., 60 Igr. Br., Oct. — Nov. 60 Igr. Br., Frühj. 63 Igr. bez., Br. u. Br. — Roggen etwas höher

Ober-Staatsanwaltschaft sei eine solche, der man seinen Beifall nicht zollen könne.

Der Präsident sprach die Bitte aus, die Sache in einer möglichst ruhigen und objektiven Weise zu debattiren.

D.-St.-A. Adlung: Gegen die Verleugnung des Majewski'schen Urtheils habe er nichts einzuwenden, aber er protestire gegen eine Beweisführung gegen dieses Erkenntniß, da ein solches sich jeder Kritik entziehe.

Der Gerichtshof beschloß: Der gestrigre Beschluß habe sich lediglich darauf bezogen, daß die Glaubwürdigkeit des Zeugen v. Bärensprung durch sein Verhalten in der Majewski'schen Untersuchung beschränkt oder ganz ausgeschlossen würde. In Bezug hierauf sei die weitere Vernehmung des Zeugen abgelehnt, und die beantragte Beweisaufnahme ausgeschlossen worden. Heute sei auf Vorlesung der Acten des Majewski'schen Prozesses angetragen, und der Gerichtshof habe beschlossen, dies zum Zwecke der Beweisaufnahme zu veranlassen. Welche Anträge sich daran knüpfen würden, müsse abgewartet werden.

Es erfolgte die Vorlesung des Erkenntnißes. Als dann erklärte der Präsident, daß es seine Absicht gewesen sei, die Zeugen Larunzett und Fauchereux zu vernehmen. Fauchereux habe abgelehnt zu erscheinen, und dem Gerichtshof stehe nicht die Macht zu, eine commissarische Vernehmung des Zeugen in Frankreich zu veranlassen. Larunzett habe nicht ordentlich vorgeladen werden können.

Auf Antrag des Staatsanwalts wird die Aussage des Zeugen Larunzett verlesen. — R.-A. Brachvogel: Zum Beweise für die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen beantragte er, einen Brief des Herrn v. Bärensprung an den Untersuchungsrichter zu verlesen, worin gesagt werde, daß Larunzett ein unzuverlässiger Mensch sei. Ferner beantragte er die Verlesung eines Berichts des Polizeipräsidenten v. Bernuth in Berlin, welcher in Folge der Aussagen dieses Zeugen Haussuchungen habe vornehmen lassen, die gänzliche Erfolglosigkeit dieser Haussuchungen bekundet, und ihn einen politischen Schwinger etc. nennt.

Ob.-St.-A. Adlung: Die Staatsanwaltschaft habe nur mit Vorsicht auf die Aussagen dieses Zeugen Bezug genommen, und zwar nur da, wo sie durch andere Umstände unterstützt würden. Ein aufständiger Mensch würde sich allerdings nicht zur Spionage hergeben, allein ein Spion, auch wenn er bezahlt würde, verliere dadurch noch nicht alle Glaubwürdigkeit.

Die Verlesung der Berichte des Polizeipräsidenten v. Bärensprung und v. Bernuth erfolgt und werden durch dieselben die Angaben des R.-A. Brachvogel bestätigt.

Eine Vernehmung von Zeugen über die Glaubwürdigkeit von Larunzett lehnt der Gerichtshof ab, da die Zuverlässigkeit desselben völlig zweifelhaft geworden.

Damit schloß die Sitzung. Nächste: Sonnabend.

bezahlt, schließt matter, $\frac{1}{2}$ 2000 ll. loco 35% — 36% Igr. bez., Juli 36% Igr. bez., Juli — August 36% Igr. bez., August — Septbr. do., Sept. — Oct. 37% Igr. bez. u. Br. (gestern an der Börse noch 37% Igr. bez.), Oct. — Nov. 37% Igr. bez. u. Br., Frühj. 38% Igr. bez. u. Br. — Gerste ohne Handel. — Hafer, loco $\frac{1}{2}$ 50% 23% — 24% Igr. bez., Juli — Aug. 47/50 ll. 24 Igr. Br. — Winter-Rübßen loco $\frac{1}{2}$ 25 Schfl. und $\frac{1}{2}$ 1800 ll. 86 — 92 Igr. nach Dual. bez., Sept. — Oct. gut, gefund 93 Igr. bez. u. Br., 93% Igr. Br. $\frac{1}{2}$ 1800 ll. — Winterraps, geringer loco 84 Igr. $\frac{1}{2}$ 1800 ll. bez. — Rüböl unverändert, loco 12%, 13% Igr. bez. u. Br., Juli — Aug. 13% Igr. Br., Sept. — Oct. 13%, 13% Igr. bez. u. Br., 13% Igr. Br., April — Mai 13% Igr. bez. — Spiritus wenig verändert, loco ohne Fass 14% Igr. nominell, mit Fass 14% Igr. bez., Juli — August und Aug. — Septbr. 14% Igr. bez., Br. u. Br., Septbr. — Oct. 14% Igr. bez. u. Br., 14% Igr. Br., Oct. — Novbr. 14% Igr. bez. u. Br. — Erbsen $\frac{1}{2}$ 2250 ll. Kochware 41 — 48 Igr. Futterware do. — Winter-Rübßen 82 — 90 Igr. — Rüböl $\frac{1}{2}$ 100 ll. ohne Fass loco 13% Igr. Br., Juli 13% Igr. bez., Sept. — Oct. 13% — 13% Igr. bez. u. Br., 13% Igr. Br., Oct. — Nov. 13% — 13% Igr. bez. u. Br., 13% Igr. Br., Nov. — Dec. 13% — 13% Igr. bez., Frühj. 38% — 38% Igr. bez. — Gerste $\frac{1}{2}$ 1750 ll. grohe 30 — 33 Igr. kleine do. — Hafer $\frac{1}{2}$ 1200 ll. loco 22% — 25 Igr. Juli 23% Igr. bez. u. Br., Sept. — Oct. 22% Igr. bez., Oct. — Nov. do., Nov. — Dec. 22% Igr. Br., Frühj. 22% Igr. Br. — Erbsen $\frac{1}{2}$ 2250 ll. Kochware 41 — 48 Igr. Futterware do. — Winter-Rübßen 82 — 90 Igr. — Rüböl

100 ll. ohne Fass loco 13% Igr. Br., Juli 13% Igr. bez., Sept. — Oct. 13% — 13% Igr. bez. u. Br., 13% Igr. Br., Oct. — Nov. 13% — 13% Igr. bez. u. Br., 13% Igr. Br., Nov. — Dec. 13% — 13% Igr. bez., Frühj. 38% — 38% Igr. bez. — Gerste $\frac{1}{2}$ 1750 ll. grohe 30 — 33 Igr. kleine do. — Hafer $\frac{1}{2}$ 1200 ll. loco 22% — 25 Igr. Juli 2

Berliner Fondsboerse vom 27. Juli.

Eisenbahn-Aetien.

Dividende pro 1863.			
Aachen-Dusseldorf	3½	3½	97½ G
Aachen-Maastricht	—	4	35½ G
Amsterdam-Rotterd.	6½	4	110½ b3
Bergisch-Maerk.	6½	4	120½ b3
Berlin-Anhalt	9½	4	189½ b3
Berlin-Hamburg	7½	4	142½ b3
Berlin-Potsd.-Algdb.	14	4	214½ b3
Berlin-Stettin	8½	4	142½ b3
Bresl.-Schw.-Freib.	7½	4	134½ b3
Brieg.-Neisse	4½	4	84½ b3
Cöln-Minden	12½	3	190½ G
Cöfel-Oderb. (Wihb.)	1½	3	58½ b3
do. Stamm-Pr.	4½	4½	—
do. do.	5	5	—
Ludwigsh.-Verbach	9	4	147 G
Magdeb.-Halberstadt	22½	4	304 G
Magdeburg-Leipzig	17	4	255 b3
Magdeb.-Wittenb.	3	3	72½ b3
Mainz-Ludwigshafen	7	4	123½ b3
Mindenburger	2½	4	77½ 77½ b3 u G
Münster-Hammer	4	4	96 G
Niedersch.-Märk.	4	4	97 b3
Niedersch.-Briegebahn	2½	4	70½ b3

Dividende pro 1863.			
Nord., Friedr.-Wihb.	—	4	67½ 66½ 67 b3 u G
Oberchl. Litt. A. u. C.	10½	3½	163½ b3 u G [G
Litt. B.	10½	3½	144½ b3
Dester. Frz.-Staatsb.	—	5	111 b3 u G
Dypeln-Tarnowis	2½	4	77½ b3
Weimarische	6	4	102½ b3
do. St.-Prior.	—	4	108½ b3
Rhein-Nahebahn	0	4	25½ b3
Rhr.-Cref.-R.-Gladb.	5	3½	101 b3
Russ. Eisenbahnen	—	5	79½ b3
Storgard.-Posen	4½	3½	100 b3
Desterr. Südbahn	8	5	141½ b3
Thür.	7½	4	127½ b3

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1863.			
Preuß. Bank-Anteile	7½	4½	137 b3
Berl. Kassen-Verein	6	4	120½ G
Pom. R. Privatbank	5½	4	95½ b3
Danzig	6	4	103 et b3
Königsberg	5½	4	104 G
Posen	5½	4	96½ b3
Magdeburg	4½	4	94½ b3
Disc.-Comm.-Anteil	6½	4	99½ b3
Berliner Handels-Ges.	8	4	116½ b3
Deutschland	6	4	84½ b3 u G

Preussische Fonds.

Dividende pro 1863.			
Freiwillige Anl.	4½	102½ B	
Staatsanl. 1859	5	106½ b3	
Staatsanl. 50/52	4	97½ b3	
do. 1859	4½	102 b3	
do. 1856	4½	102 b3	
do. 1853	4	97½ G	
Staats-Schuldt.	3½	90½ b3	
Staats-Pr. Anl.	3½	125½ b3	
Kur. u. N. Schld.	3½	90 B	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102½ b3	
do. do.	3½	89½ G	
Börseh.-Anl.	5	104½ B	
Kur. u. N. Pfdsbr.	3½	89½ B	
Russ.-engl. Anl.	5	89 G	
do. neue	4	100 G	
Ostpreuß. Pfdsbr.	3½	—	
do. do.	4	—	
Russ.-Pfln. Sch.-D.	4	—	
Cert. L. A. 300 Fl.	—	91½ G	
do. L. B. 200 Fl.	4	—	
Pfdsbr. n. in S.-R.	4	79 b3	
Part.-Obl. 500 Fl.	—	89 et b3 u G	
Hamb. St. Pr. Fl.	—	—	
Kurhess. 40 Thlr.	—	55 b3	
R. Badens. 35 Fl.	—	30½ b3	
Schwed. 10 Thlr. L.	—	—	

Kur. u. N.-Rentenbr.

Dividende pro 1863.			
Bosnische	—	4	96½ G
Preussische	—	4	97½ b3
Schlesische	—	4	99½ B
Desterr. Metall.	5	63 b3	
do. Nat.-Anl.	5	70½ b3 u G	
do. 1854r. Loose	4	80½ B	
do. Creditloose	—	75 G	
do. 1860r. Loose	5	84½ b3	
do. 1864r. Loose	—	54 b3 u G	
Inst. b. Stg. 5. A.	5	79½ G	
do. do. 6. Anl.	5	89 G	
Russ.-engl. Anl.	5	89 G	
do. do.	3	54½ G	
do. do.	4½	—	
do. do.	5	87½ b3	
Russ.-Pfln. Sch.-D.	4	76½ b3 u G	
Cert. L. A. 300 Fl.	—	91½ G	
do. L. B. 200 Fl.	4	—	
Pfdsbr. n. in S.-R.	4	79 b3	
Part.-Obl. 500 Fl.	—	89 et b3 u G	
Hamb. St. Pr. Fl.	—	—	
Kurhess. 40 Thlr.	—	55 b3	
R. Badens. 35 Fl.	—	30½ b3	
Schwed. 10 Thlr. L.	—	—	

Ausländische Fonds.

Ausländische Fonds.			
Desterr. Metall.	5	63 b3	
do. Nat.-Anl.	5	70½ b3 u G	
do. 1854r. Loose	4	80½ B	
do. Creditloose	—	75 G	
do. 1860r. Loose	5	84½ b3	
do. 1864r. Loose	—	54 b3 u G	
Inst. b. Stg. 5. A.	5	79½ G	
do. do. 6. Anl.	5	89 G	
Russ.-engl. Anl.	5	89 G	
do. do.	3	54½ G	
do. do.	4½	—	
do. do.	5	87½ b3	
Russ.-Pfln. Sch.-D.	4	76½ b3 u G	
Cert. L. A. 300 Fl.	—	91½ G	
do. L. B. 200 Fl.	4	—	
Pfdsbr. n. in S.-R.	4	79 b3	
Part.-Obl. 500 Fl.	—	89 et b3 u G	
Hamb. St. Pr. Fl.	—	—	
Kurhess. 40 Thlr.	—	55 b3	
R. Badens. 35 Fl.	—	30½ b3	
Schwed. 10 Thlr. L.	—	—	

Wechsel-Cours vom 26. Juli.

Wechsel-Cours vom 26. Juli.			
Amsterdam kurz	5	142½ b3	
do. 2 Mon.	5	142 b3	
Hamburg kurz	3½	151½ G	
do. 2 Mon.	3½	151 b3	
London 3 Mon.	6	20½ b3	
Paris 2 Mon.	6	80½ b3	
Wien Dest. W. 8 L.	5	87½ b3	
do. do. 2 M.	5	86½ b3	
Augsburg 2 M.	4	56 22 G	
Leipzig 8 Tage	5	99½ G	
do. 2 Mon.	5	99½ G	
Frankfurt a. M. 2 M.	3½	56 22 G	
Petersburg 3 Woeh.	5	90½ b3	
do. 3 M.	5	89½ b3	
Warschau 8 Tage	5	82½ b3	
Bremen 8 Tage	4½	109½ h3	

Ein im großen Werder gelegenes Gut von 7 culm. Hufen, hiervon 1½ Hufen der vorzüglichsten Wiesen, mit einer Aussaat von 35 Morgen Weizen, 22 Morgen Roggen, 10 M. Raps und 14 M. Raps, 10 M. Gerste, 11 M. Erben, weiße und graue, 10 M. Bohnen, sämtliche Saaten nach culm. Morgen angegeben; einem lebenden Inventar von 6 Gespann Pferden, 15 Kühen, zw. Jungvieh und Schweinen, vollständigem todten Inventar, itt, da der Besitzer die Wirthschaft aufzugeben beabsichtigt, für den mäglichen Preis von 36.000 R., bei 15–20.000 R. Anzahlung zu kaufen. Gebäude durchweg sehr gut mit schönem Garten; der Acker in hoher Cultur und von besserer Beschaffenheit. Den Herren Selbstläufern ertheilt Auskunft J. Feldbrach zu Danzig, Langebrücke No. 22.

Über verkaufliche Güter jeder GröÙe giebt Auskunft T. Tesmer, Langgasse 29. [4575]

Aufträge für die Preussische Hypotheken-Credit- und Bank-Anstalt in Berlin, nimmt entgegen T. Tesmer, Hauptagent, Langgasse 29. [4575]

Eine tüchtige Landwirthin, welche auch in Hotels und Restaurants conditionirt hat und vorzüglich die keine Rüche versteht, ist zu erfragen im Gefinde-Bureau 2. Dom. 4. [4576]

Für eine recht bedeutende Landwirthschaft wird ein Cleve ges